

IHK fordert bessere BER-Anbindung

Im Jahr 2019 zählten die beiden Berliner Flughäfen in Tegel und Schönefeld zusammen fast 37 Millionen Passagiere. Mit der geplanten Konzentration auf den einen neuen Flughafen BER in Schönefeld ab November dürften sich die Verkehrsströme in Berlin verändern – und das noch um so mehr durch das weitere Wirtschaftswachstum, das Experten für die nächsten beiden Jahrzehnte für Berlin erwarten.

Darauf wies am Dienstag die Industrie- und Handelskammer (IHK) hin und forderte den Senat auf, schon jetzt konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um einen Verkehrsinfarkt zu verhindern. „Wir wollen, dass Berlin eine attraktive Stadt für Bewohner, Arbeitgeber und Arbeitnehmer bleibt“, fasste Jochen Brückmann, Leiter der Bereiche für Stadtentwicklung und internationale Märkte bei der Kammer, die Motive zusammen. Es gehe um flüssigen Verkehr auf der Straße wie einen Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), auch um auf den Straßen möglichst viel Platz zu schaffen für Verkehr, der sich nicht ohne weiteres auf die Schiene verlagern lässt: Der von Lieferwagen, Entsorgungsunternehmen und Handwerksbetrieben zu Beispiel.

Die IHK hat dazu eine Studie beim den kommerziellen Verkehrsforscher von SPV Spreepark Verkehr GmbH aus Steglitz in Auftrag gegeben, die vor einem Jahr schon untersucht hatten, wie der BER die Verkehrsströme im südlichen Brandenburg beeinflussen dürfte. Jetzt liegt die ergänzende Analyse für Berlin vor. Demnach geht die Firma von einem Anstieg der Passagierzahlen auf 55 Millionen im Jahre 2040 aus und einem jährlichen Bevölkerungswachstum von rund 40000 Menschen im Großraum Berlin aus – und rund 135000 Arbeitsplätzen mehr als heute. Grundsätzlich entlaste die Konzentration auf den BER viele Berliner, zugleich bräuchten die Einwohner im Südwesten wie Nordosten der Stadt kaum mehr oder weniger Zeit für die Anreise. Anders als die Bewohner in den nordwestlichen Bezirken Spandau und Reinickendorf, erklärte Sprechplan-Geschäftsführer Bertram Teschner. Auch sei der BER „sehr gut“ mit Bus und Bahn angebunden.

Ein Problem: Mit dem Wachstum der Stadt dürften die großen Straßen, die aus dem und in das Umland führen, noch stärker belastet sein. Und auch die Stadtautobahn A100 beziehungsweise der Zubringer nach Schönefeld, die A113. Zwar machten die Reisenden auf dem Weg zum Airport nur rund fünf Prozent des gesamten Straßenverkehrs auf der südlichen A100 aus, aber das macht in den Stoßzeiten schon viel aus.

IHK-Stadtentwicklungsexperte Brückmann legte einen Zwölf-Punkte-Katalog mit Verbesserungsvorschlägen für den Straßenverkehr und den ÖPNV vor, darunter die Förderung nach dem „attraktiven Tarifoptionen“, wie die Jahreskarte für 365 Euro, für die auch der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) Sympathien hegt. Auch sollten Busse und Bahnen schon um 3 oder 4 Uhr morgens BER pendeln, um auch die Mitarbeiter von Logistikfirmen zu befördern. Für die Straße regt die Kammer den Bau der bereits zu DDR-Zeiten angedachten Tangentiale Verbindung Ost (TVO) im Berliner Südosten an. KEVIN P. HOFFMANN

BER ups and downs



2783

Tage seit Nichteröffnung*



290

Tage bis zur Eröffnung**

*Der Flugbetrieb sollte ursprünglich am 3. Juni 2012 starten.

** Der Flughafen soll am 31. Oktober 2020 in Betrieb gehen.

GRÜNE WOCHE Was auf die Landwirtschaft in Brandenburg zukommt

Herr Jung, morgen beginnt die Grüne Woche – ein Grund zum Feiern für die Landwirtschaft?

Naja. Als Berufsvertreter werde ich gute Miene zum bösen Spiel machen und mich auf den Empfängen blicken lassen. Als Bauer mit eigenem Hof bin ich allerdings nicht in Feierlaune.

Weil sie zwei schlechte Ernten nacheinander eingefahren haben?

Das ist noch harmlos ausgedrückt. Aber selbst damit können wir umgehen. Wenn uns der liebe Gott in diesem Jahr ein wenig mehr Regen schenkt, kann es nur besser werden, da hoffe ich auf ausgleichende Gerechtigkeit. Echte Sorgen bereitet mir dagegen die Agrarpolitik. Anders ausgedrückt: Der liebe Gott lässt uns nicht im Stich, die Bundesregierung schon.

Warum?

Weil Julia Klöckner und Svenja Schulze immer deutlicher eine Politik gegen unsere bäuerlichen Familienbetriebe machen und damit indirekt eine Politik für Agrarkonzerne und Großkapital: durch Förderung ohne Obergrenzen und Auflagen ohne Untergrenzen.

Was meinen Sie mit Förderung ohne Obergrenzen?

Die EU-Agrarsubventionen werden nach Größe vergeben. Ein 220 Hektar großer Betrieb, das ist der Durchschnitt bei uns, erhält also zehnmal weniger als ein 2200 Hektar großer Betrieb. Obwohl unsere bäuerlichen Familienbetriebe, wiederum im Durchschnitt, ökonomisch erfolgreicher und ökologisch nachhaltiger wirtschaften. Das ist eine Katastrophe für den ländlichen Raum, weil es die unproduktiven LPG-Nachfolger begünstigt und den Einstieg von Investoren, denen die Dörfer und Menschen hier egal sind.

Aber längst nicht alle größeren Agrar- oder LPG-Nachfolgebetriebe sind unproduktiv.

Das stimmt. Ich will auch niemanden beleidigen, der in diesen Betrieben sein Bestes gibt. Aber wir erleben zur Zeit massenweise, dass LPG-Nachfolger an Investoren verschachert werden. Dabei geht es um finanzielle Größenordnungen, bei denen kein normaler Landwirt mehr mithalten kann. Nur noch die Heuschrecken.

Und das sieht die EU nicht?

Doch. Die EU-Kommission hat ja für die neue Förderperiode 2021 bis 2027 eine Obergrenze von etwa 400 Hektar vorgeschlagen. Aber die Bundesregierung stemmt sich nach wie vor dagegen.

Was schlagen Sie vor?

Der Bauernbund Brandenburg möchte, dass die Förderung nur noch an Betriebe bis 400 Hektar oder von mir aus 500 Hektar geht, die sich im Eigentum von ortsansässigen Landwirten befinden. Größere Betriebe können sich teilen, es muss aber unterschrieben werden, dass die Eigentümer ortsansässig und nicht an weiteren Betrieben beteiligt sind. Auf diese Weise könnten sich größere Familienbetriebe und Agrargenossenschaften anpassen,



Landwirt mit Leidenschaft. Reinhard Jung ist Geschäftsführer des Bauernbundes Brandenburg und hat einen Bio-Hof in Lennewitz in der Prignitz.

Foto: privat

„Gott lässt uns nicht im Stich. Die Regierung schon“

Der Geschäftsführer des Bauernbundes spricht über das, was die Politik seiner Ansicht nach falsch macht

die Agrarkonzerne der Investoren hingegen nicht.

Würde das nicht unweigerlich Strohmannern auf den Plan rufen?

Nein, denn wer da falsche Angaben macht, steht mit einem Bein im Gefängnis, Subventionsbetrug ist kein Kavaliersdelikt. Unsere Vorschläge würden funktionieren, trotzdem ignoriert die Bundesregierung ihn.

Warum? Wahrscheinlich liegt es am Einfluss des Deutschen Bauernverbandes, in dem die LPG-Nachfolger organisiert sind. Der lehnt Obergrenzen und Ortsansässigkeit ab. Und was meinen Sie mit Auflagen ohne Untergrenzen?

Immer wieder neue Vorschriften, zum Beispiel die neue Düngverordnung oder immer weiter steigende Anforderungen an das Tierwohl. Diese verursachen

gerade für kleinere Familienbetriebe hohe Kosten und sind oftmals fachlich unsinnig.

Haben Sie ein Beispiel?

In der Düng-Verordnung sind flächendeckend gültige Vorschriften enthalten, um das Grundwasser vor Nitrat zu schützen. Aber bei 95 Prozent der Flächen in Deutschland gibt es überhaupt keine Probleme mit Nitrat im Grundwasser. Weil es jedoch viel zu wenig Messstellen sind und die auch noch meistens an Orten stehen, wo es tatsächlich Probleme gibt, kommt ein völlig verzerrtes Bild zustande. In Wahrheit geht es nämlich gar nicht ums Grundwasser, sondern die Politik will, dass unsere Landwirtschaft weniger produziert.

Das ist ein harter Vorwurf. Warum sollte man die heimischen Bauern kaputt machen wollen?

Vielleicht, um Platz zu schaffen für die Produktionskapazitäten, die gerade durch Brandrodung am Amazonas entstehen?

Sie meinen das Handelsabkommen der EU mit den sogenannten Mercosur-Staaten in Südamerika?

Ja. Die EU und besonders Deutschland möchte Autos exportieren. Dafür sollen im Gegenzug Lebensmittel-Importe vor allem von Rindfleisch und Zuckerrohr massiv erhöht werden. In diesen Staaten gibt es riesige Betriebe, Monokulturen und niedrige Produktionskosten, weil man dort auf Mensch und Umwelt keine Rücksicht nimmt.

Und damit können unsere heimische Produzenten nicht konkurrieren.

Definitiv nicht. Unsere gute Landwirtschaft wird sinnlos untergeregelt und der Verbraucher bekommt den Drecks aus Übersee: Gensoja und Hormonfleisch. Darüber sollten manche Grüne und Umweltaktivisten mal nachdenken. Aber die sitzen in ihrer antilandwirtschaftlichen Gänseblümchen-Blase und begreifen die globalen Zusammenhänge nicht.

Um ihnen das klar zu machen, gibt es Interessenvertreter. Können Bauern keine Lobbyarbeit?

Natürlich muss sich der Berufsstand auch an die eigene Nase fassen. Leider sind immer noch die meisten Landwirte im Deutschen Bauernverband organisiert. Was wir brauchen, ist eine von Politik und Industrie unabhängige Berufsvertretung,

die deutschlandweit ausschließlich die Interessen der bäuerlichen Familienbetriebe vertritt. Glauben Sie mir, wir arbeiten daran.

Wäre es nicht ebenso wichtig, das Vertrauen der Verbraucher in die Landwirtschaft wieder herzustellen?

Wir haben auf den Demonstrationen viel Zustimmung erhalten. Ich bin überzeugt davon, dass die meisten Verbraucher keine anonymen Großlieferanten aus aller Welt wollen. Sie wünschen sich den Bauern in der Nachbarschaft, die eine überschaubare Zahl an Tieren hält und den Boden nachhaltig bewirtschaftet, weil er auf seiner Scholle bleiben und seinen Kindern einen gesunden Betrieb überlassen möchte.

Nehmen Sie am Sonnabend an der großen „Wir haben es satt“-Demonstration teil?

Eher nicht. Aber ich hätte einen Rat für jene, die am lautesten schreien: Sie könnten sich zur Abwechslung einen Kleingarten anschaffen, ein Schwein oder ein paar Hühner halten. Dann wissen sie wenigstens, wovon sie reden.

— Das Gespräch führte Sandra Dassler.



Internationale Grüne Woche 17.-26. Januar 2020

Berlin giert nach Bio

Leider gelingt es den Brandenburger Bauern nicht, den Bedarf an Öko-Lebensmitteln zu decken. Mehr Netzwerke sollen nun helfen

Offenbar giert der ganze Handel nach Bio. So jedenfalls hat es Michael Wimmer, Geschäftsführer des Biobrandenburger Verbands für Berlin-Brandenburg, zusammengefasst. Das vergangene Jahr sei sehr erfolgreich verlaufen, sagte er bei einem Pressetermin der Fördergemeinschaft Ökologischer Landbau Berlin-Brandenburg e.V. (FÖL) am Dienstag.

Der Umsatz im regionalen Naturkostfachhandel 2019 sei um ein Zehntel gestiegen, die ökologisch bewirtschaftete Fläche in Brandenburg um beinahe 13 Prozent gewachsen. Auch die Zahl der biozertifizierten Betriebe habe erneut zugenommen – mittlerweile bauten in Brandenburg rund 1300 Betriebe Bio-Produkte an. Zu diesem Trend trage

auch der „Greta-Effekt“ bei: „Immer mehr Menschen erkennen, dass ihr persönliches Konsumverhalten Auswirkungen hat. Wir segeln im Windschatten einer sehr breiten gesellschaftlichen Diskussion mit.“

Das ist erfreulich, doch Anlass zu mehr Euphorie gibt es nicht, denn: Seit Jahren gelingt es den Brandenburger Bio-Bauern nicht, den hohen Bedarf nach Bio-Produkten aus Berlin auch nur annähernd zu decken. „Wir beobachten eine zunehmende Diskrepanz zwischen dem Marktpotenzial auf der einen Seite und der Infrastruktur und Leistungsfähigkeit der regionalen Bio-Branche auf der anderen Seite“, sagt Wimmer. Nur im Backhandwerk und im Molkereigewerbe laufe es richtig gut.

Probleme gebe es dagegen bei Bio-Gemüse und Obst, es sei einfach kein Angebot vorhanden, um der Nachfrage aus Berlin zu begegnen. Warum ist das so? Die FÖL sieht vor allem strukturelle Hindernisse: In Brandenburg hätten sich Landwirte in der Vergangenheit zu wenig vernetzt, was auch an den großflächigen Betrieben liegt. Anders als in anderen Bundesländern fehle es an fachlichem Austausch. Vielen Landwirten sei nicht bewusst, dass sie bestimmte Fördermittel beantragen könnten. Ein Ziel der FÖL sei es, den Landwirten unternehmerisches Denken näherzubringen.

Darüber hinaus sieht er „zwei Dilemmata“: Innerhalb der nächsten zehn Jahre müssten die Betriebe 20000 Mitarbei-

tende ersetzen, aber es fehle an Nachwuchs. Zudem sei die Entlohnung „sehr, sehr bescheiden“. Umso höher schätzt die FÖL, dass die Landesregierung die Biobauern unterstützt. Vor allem die Bestrebungen von Axel Vogel, dem neuen grünen Agrarminister in Brandenburg, seien zu begrüßen. Wimmer spricht gar von einer „Zeitenwende“. Es sei richtig, Fördergeld nicht ungezielt auszuschießen, „sondern an den spezifischen Stellschrauben zu drehen“, sagte er. Konkret solle in Brandenburg die Umstellung eines Betriebs von konventioneller auf ökologische Landwirtschaft finanziell unterstützt werden, außerdem soll der Anbau von Bio-Obst und -Beeren gefördert werden. Vogels Ministerium habe zudem

eine Richtlinie zur Ausarbeitung neuer Wertschöpfungsketten entworfen – auch hier stehe die Vernetzung und Beratung der Betriebe im Fokus. „Wir wollen eine Aufbruchstimmung generieren“, sagte Wimmer. Wird sich 2020 etwas ändern an der Angebotsvielfalt der Brandenburger Bio-Bauern? Ein erster Erfolg ist der FÖL zufolge der Anbau von Bio-Kartoffeln: Netzwerke, aber auch Strukturen zur Verarbeitung vor Ort befänden sich im Aufbau. Für 2020 werde eine Anbaufläche von 100 Hektar angestrebt – 2018 wurden in ganz Brandenburg 50 Hektar für den Anbau von Bio-Kartoffeln genutzt. Auch auf Bio-Möhren sollen sich die Bauern mehr konzentrieren. Vielfalt ist das aber noch nicht. VIOLA KIEL

ANZEIGE



Christian Gräff MdA, Landesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Berlin

12. Februar 2020 | 15.00–21.30 Uhr, Mercedes-Welt am Salzufer

Fachkräfte- und Wohnungsmangel – Boom vorbei für den Berliner Mittelstand?

In Berlin Fachkräfte und Wohnraum zu finden ist für Unternehmen existenziell geworden

Wir freuen uns auf großartige Redner und spannende Beiträge. Zu Gast sind u.a. der Botschafter von Singapur und die Siemens AG mit einem Vortrag zur „Stadt der Zukunft für Wohnen und Arbeiten“. Der 6. BMK ist mit diesen Themen wieder der Treffpunkt des Mittelstandes in Berlin.

Kostenlose Anmeldung unter: berliner-mittelstandskongress.de



Partner



Medienpartner



Veranstalter

